

## **Antrag der Fraktion der SPD (Dr. 15/890)**

### ***„Die Ehe auch für gleichgeschlechtliche Paare öffnen“***

#### **Plenarrede von Brigitte Lösch MdL**

Sehr geehrte Herr Präsident,  
liebe Kolleginnen und Kollegen

Es ist in der Tat grundsätzlich gut, dass wir über das wichtige Thema „Ehe für Alle“ heute hier im Landtag diskutieren. Denn die Ehe für Alle - oder drastischer ausgedrückt - die Aufhebung des Eheverbotes für lesbische und schwule Lebenspartnerschaften - ist ein ganz wichtiger und entscheidender Schritt zur vollen Gleichstellung und steht für uns Grüne für eine demokratische, moderne und offene Gesellschaft.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dabei geht es nicht um Sonderrechte, sondern um Gerechtigkeit!

Eigentlich geht es um die Ergänzung von nur einem Satz im Bürgerlichen Gesetzbuch:

"Die Ehe wird von zwei Personen verschiedenen oder gleichen Geschlechts auf Lebenszeit geschlossen."

Mit dieser Formulierung wäre die rechtliche Gleichstellung lesbischer und schwuler Paare endlich besiegelt - und in Deutschland wäre wie in den anderen 14 europäischen Ländern die vollständige Gleichstellung normal!

Die Ehe für Alle ist ein starkes Signal für ein weltoffenes Deutschland.

Wie der Kollege Born gerade schon gesagt hat, befürworten nach den neuesten Umfragen der Antidiskriminierungsstelle des Bundes 83% der Deutschen die komplette rechtliche Gleichstellung. Das zeigt, dass die Gesellschaft hier viel weiter ist als die Politik.

Von daher begrüße ich die Debatte und das Engagement der SPD-Landtagsfraktion hier sehr.

Ich frage mich aber schon, was Sie mit dieser Debatte heute hier erreichen wollen?

Bei aller Wichtigkeit des Vorhabens an sich, ich kann Ihren Antrag nun beim besten Willen nicht verstehen, liebe Kolleginnen und Kollegen der SPD-Fraktion.

Nicht, dass ich das Ziel der Ehe für Alle nicht mit aller Kraft fordern möchte, aber ich frage mich einfach, ob Sie nicht wissen, dass die Bundesratsinitiative der Landesregierung Baden-Württemberg, die dem Bundestag am 10. November 2015

zugegangen ist und ein Jahr später, also im November 2016 an den Rechtsausschuss überwiesen wurde, immer noch im Rechtsausschuss schmort und bisher insgesamt neunmal vertagt wurde, weil sowohl die CDU als auch die SPD die Gesetzentwürfe zur Ehe-Öffnung blockieren um damit zu verhindern, dass das Plenum vor der Bundestagswahl darüber abstimmt.

Es entbehrt doch jeder Sachlichkeit und Seriosität, wenn Sie hier im Landtag eine Abstimmung über etwas herbeiführen wollen, was Sie selbst im Bundestag blockieren?

Es entbehrt doch jeder Sachlichkeit und Seriosität, wenn Sie eine neue Bundesratsinitiative von der grün geführten Landesregierung erwarten, obwohl über die vorhergehende noch gar nicht abgestimmt wurde?

Was machen Sie hier eigentlich? Nebelkerzen werfen, um von ihrer eigenen Untätigkeit im Bund abzulenken?

Seit 2015 liegen zwei Gesetzentwürfe der Opposition vor - und einer vom Bundesrat. Wir brauchen keine neue Gesetzesinitiative. Wir brauchen eine Abstimmung, die Ratifizierung der Gesetze, damit die Ehe für Alle endlich kommt.

Ich bin der grünen Bundestagsfraktion sehr dankbar, dass sie nun das Bundesverfassungsgericht angerufen haben, um mit einer einstweiligen Anordnung zu erreichen, dass noch in dieser Legislaturperiode über die Ehe für Alle abgestimmt werden kann.

Wenn wir vom Erfolg dieses Eilantrages ausgehen, dann kann der Bundestag am 30. Juni noch über die Eheöffnung beschließen.

Es liegt dann an den Koalitionsfraktionen im Bund, hier für Gerechtigkeit zu sorgen!

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD-Fraktion, anstatt hier im Landtag eine Schaudebatte zu initiieren - sollten Sie lieber mit Ihrer Bundestagsfraktion und mit Ihrem Kanzlerkandidaten Martin Schulz reden.

Der hat die Tage in einem Interview gesagt, dass es definitiv keine Ehe für Alle vor der nächsten Bundestagswahl geben wird!

Das heißt, das Signal müssen Sie senden, Sie die SPD an Ihre Bundestagsfraktion – an Ihren Bundestagskandidaten – aber nicht wir hier im Landtag!

Einen Grund für Ihren Antrag kann ich also beim besten Willen nicht erkennen.

Denn auch die neue Regierung setzt ihre Bemühungen der Abbau von Diskriminierung von lesbischen, schwulen, bisexuellen, transsexuellen, transgendern, intersexuellen und queeren Menschen erfolgreich fort!

Wenn die SPD-Gleichstellungspolitik nicht nur als reine Wahlkampf­taktik daher­kommen will, dann verzichten Sie auf solche Show-Anträge und Abstimmungen - und setzen sich lieber auf Bundesebene, wo Sie mitregieren, dafür ein, dass Ihre Wahlversprechen auch umgesetzt werden!